

Ampel will Asyl für russische Deserteure

Nach Putins Teilmobilmachung soll die Aufnahme von Kriegsdienstverweigerern vereinfacht werden

Die Bundesregierung will die Aufnahme russischer Deserteure in Deutschland erleichtern. Hintergrund ist die Teilmobilmachung, die der russische Präsident Wladimir Putin am Mittwoch ausgerufen hat.

Regierungssprecher Stefan Hebestreit sagte am Freitag in Berlin, dass Deutschland gemeinsam mit den anderen EU-Staaten „eine tragfähige Lösung“ für den Umgang mit russischen Deserteuren finden wolle. Noch gibt es kein Sonderaufnahmeprogramm oder sogenannte humanitäre Visa für Kriegsdienstverweigerer aus Russland. Bei Asylanträgen müsse aber jeder Einzelfall auf Beweggründe der Flucht überprüft werden, betonte Hebestreit. Niemand solle sich im Auftrag der russischen Regierung nach Europa bewegen können.

Justizminister Marco Buschmann (FDP) erklärte auf Twitter, dass „wer Putins Weg hasst und die liberale Demokratie liebt“ herzlich willkommen sei. SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese betonte in der *Rheinischen Post*, dass er bereits die verschärften Strafen, die Men-

schen bei Entzug der Einberufung drohten, „bereits nach jetziger Rechtslage für ausreichend als Asylgrund“ halte.

Auch die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Bundestagsfraktion, Irene Mihalic, bekräftigte gegenüber der Zeitung, wer sich nicht als russischer Soldat im „völkerrechtswidrigen und mörderischen Angriffskrieg“ gegen die Ukraine beteiligen will, dem müsse in Deutschland Asyl gewährt werden.

Zustimmung kommt auch aus der Opposition: Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Johann Wadephul, forderte Medienberichten zufolge, humanitäre Visa müssten jetzt großzügig und umfassend ausgelegt werden.

Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, wetterte derweil gegen die Pläne der Bundesregierung. Melnyk – noch bis Mitte Oktober im Amt – nannte es einen falschen Ansatz, wenn junge Russen „abhauen“ würden und „im Westen Dolce Vita“ genießen. Eher sollten sie „Putin und sein rassistisches Regime endlich stürzen“, schrieb er am Donnerstag auf Twitter. (dpa, taz)